

Gute Studien- und Arbeitsbedingungen an der Hochschule - statt Unterfinanzierung mit Hacker-Angriff!

Die HAW Hamburg ist infolge der dauerhaften Unterfinanzierung pleite und dadurch zur leichten Beute von Hackern geworden. Durch das sicherheitshalbere Herunterfahren sämtlicher IT-Systeme waren die Studierenden von sämtlichen studienrelevanten Unterlagen und Lernmaterialien abgeschnitten, was gerade in der aktuellen Prüfungsvorbereitungsphase äußerst unpassend ist. Das schreibt auch die HAW auf Ihrer Website zu dem Angriff:

„Hausarbeiten und Abschlussarbeiten (BA- und MA-Thesen) können bis zu drei Wochen später abgegeben werden, da es aktuell schwieriger ist, an benötigte Lernmaterialien, Fachliteratur und Informationen zu gelangen.“ Zusätzlich fielen sämtliche Kommunikationswege durch den Cyberangriff weg, sodass es tagelang nicht möglich war mit den Zuständigen und Lehrenden in Kontakt zu treten. Auch dies trug unmittelbar zur Verunsicherung der Studierenden bei und schuf zusätzlich Unklarheiten bezüglich der aktuellen Vorgänge.

Es ist gut, dass die Zuständigen an der Hochschule erste Konsequenzen durch Entlastungen für Studierende bei den Prüfungen aus der neuerlichen Verschärfung durch den Cyberangriff der bereits bestehenden gesellschaftlichen Krisenlage (Inflation, Corona-Folgen, Krieg, Klima, Unterfinanzierung öffentlicher und sozialer Einrichtungen, ...) ziehen. An diesem Punkt dürfen wir als Hochschule jedoch nicht stehen bleiben.

Damit die Studienmöglichkeiten und der Studienerfolg nicht noch weiter eingeschränkt werden, haben wir als Vertretungen der Studierendenschaft am 10.01. weitere Anpassungen für die aktuelle Prüfungsphase wie u.a., dass sowohl Fehlversuche nicht gezählt werden als auch ein zweiter Prüfungszeitraum stattfindet, angemahnt und deren Notwendigkeit dargelegt (siehe Anhang). Denn längst nicht alle Studierenden konnten sich auch nur halbwegs adäquat auf die Prüfungen vorbereiten oder können es sich leisten das Studium zu verlängern.

In den verschiedenen Departments (Fachbereichen) wurde unterschiedlich reagiert - oft mit Verständnis, manchmal aber auch nicht. Der Verweis seitens der Zuständigen darauf, dass auch den Beschäftigten die Kapazitäten für den Mehraufwand fehlen, ist zwar nachvollziehbar, aber trotzdem unzureichend. Die Hochschule und damit auch die Stadt Hamburg sind verpflichtet, Studienbedingungen zu schaffen, in denen es Studierenden möglich ist im vorgesehenen Zeitraum erfolgreich ein Studium abzuschließen. Um dem gerecht zu werden stehen beide in der Pflicht, auch kurzfristig entsprechend zusätzliche Ressourcen bereitzustellen. Das kann nicht durch zusätzliche Belastungen der Beschäftigten geschehen, wie es aktuell der Fall ist, sondern auch diese brauchen dafür Unterstützung.

Hier rächt sich die „Sparpolitik“ der letzten Jahrzehnte, die am Ende immer zu Verteuerungen und qualitativen Verschlechterungen geführt hat. In einer Zeit, in der die Politik sich nicht in der Lage sieht, die gesellschaftlichen Krisen zu lösen, sollten insbesondere Strukturen, die wesentlich zur Lösung und Bewältigung der Krise beitragen können (u.a. Bildung, Gesundheit, zivilgesellschaftliche Strukturen wie soziale und kulturelle Einrichtungen), großzügig und dauerhaft ausgestattet werden, statt sie kurzfristig zu verschleißen. So werden Hochschulen seitens der Politik strukturell darin eingeschränkt, ihr enormes Potential zur Beantwortung der brennenden Fragen der Zeit so einzusetzen, wie es gesellschaftlich dringend erforderlich ist: Zum Beispiel ist gegen den Pflegenotstand ein starkes krankheitspräventiv-gesundheitsförderliches Gesundheitssystem aufzubauen und gegen die Klimakrise können wir mit innovativen und effizienten technischen und organisatorischen Lösungen beitragen. Die Studiengänge der HAW könnten dazu wesentlich beitragen, wenn entsprechende Strukturen geschaffen würden.

Zusätzlich werden die öffentlichen Hochschulen durch die "Sparpolitik" vulnerabler für Cyberangriffe, wie sowohl durch die jetzige als auch durch frühere ähnliche Situationen (bspw. die Universität Duisburg-Essen) sichtbar wird. Der Spiegel schrieb am 12. Januar auf seiner Website dazu:

„Viele Hochschulen seien chronisch unterfinanziert, so der Sozialwissenschaftler, und damit generell »überforderte Organisationen«. Weil die Beschäftigten oft »hinterherhecheln, um den Normalbetrieb aufrechtzuerhalten«, hätten sie in der Regel nicht die nötigen Kapazitäten, um sich mit Blick auf die Organisation von Lehr- und Prüfungsveranstaltungen auch noch auf Cyberattacken vorzubereiten.“ (Silke Fokken, »Absolute Krise« – Wenn ein Cyberangriff eine Hochschule ausknockt)

Aus der Corona-Pandemie können wir lernen: Bereits damals hat sich als hoch problematisch gezeigt, dass das Studium extrem auf Prüfungen (insb. Klausuren) fokussiert ist und regelmäßig mit Existenzängsten, verengtem Blick und tendenziell unsozialem Verhalten einhergeht. Nun werden erneut das vielfältige Wissen und die Kompetenzen der Hochschulmitglieder nicht für die Überwindung der Krise und ihrer Ursachen) eingesetzt, sondern unter noch schlechteren Bedingungen als ohnehin schon (Personal- und Raummangel) Klausuren und andere Prüfungen organisiert und durchgeführt. Die starke Verschulung des Studiums mit Prüfungsfokus wird den Möglichkeiten einer Hochschule bei weitem nicht gerecht. Mit Konzepten wie forschendem Lernen oder Projektstudium lässt sich Studium so gestalten, dass Studierende wie Lehrende ab dem ersten Semester zur Verbesserung der gemeinsamen Lebensbedingungen und dem Lösen von gesellschaftlichen Herausforderungen beitragen. Ein Teil der dafür benötigten Kapazitäten wird schon dadurch frei, wenn sich Studierende wie Lehrende auf die relevanten Fragestellungen konzentrieren können und Kooperation praktisch erproben, statt sich mit hohem Aufwand dem wenig produktivem Prüfungsgeschehen zu widmen.

Um die Lasten der gesellschaftlichen Krise und des Hackerangriffs nicht auf dem Rücken der Studierenden auszutragen, ist daher ein erster Schritt, unseren Forderungen zu den Prüfungen oder gleichwertiger Alternativen zu entsprechen und die Hochschule und die Beschäftigten finanziell und personell dazu in die Lage zu versetzen. Gleich danach gilt es die notwendigen Studienreformen auf den Weg zu bringen und eine solide Finanzierung dauerhaft sicherzustellen.

Gez. Fachschaftsrätekonferenz der HAW Hamburg (fsrk-haw-hamburg@outlook.de)

Hamburg, den 27.01.2023